

# Posener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen.

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der

Expedition dieser Zeitung

(Wilhelmstr. 17)

bei C. F. Ulrich &amp; Co.

Breitestraße 14,

in Gnesen bei Ch. Spindler,

in Grätz bei F. Streifand,

in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen.

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,

Dresden, Frankfurt a. M.

Hamburg, Leipzig, München,

Stettin, Stuttgart, Wien:

bei C. F. Dabbe &amp; Co.,

Haasensteins &amp; Vogler,

Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Göttingen

beim „Invalidendank“.

Nr. 896.

Mittwoch, 21. Dezember.

1881.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Pettzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 20. Dezember. Der Kaiser hat dem Geheimen Registrator im Reichs-Postamt, Müller in Berlin bei seinem Ausscheiden aus dem Postdienste den Charakter als Kanzler verliehen.

Es sind der Postinspektor Lichtenberg und der General-Postkassen-Buchhalter Jetsch in Berlin zu Geheimen erpedirenden Sekretären und Kalkulatoren, sowie der Geheimen Registratur-Assistent Walter in Berlin zum Geheimen Registrator im Reichs-Postamt ernannt worden.

Der König hat die nachbenannten Beamten im Ministerium öffentlichen Arbeiten, und zwar dem Geheimen erpedirenden Sekretär und Kalkulator Behm, sowie den Geheimen Revisoren Wiener und Beuth den Charakter als Rechnungs-Rath, den Geheimen Registratoren Geper und Bache den Charakter als Kanzler, den beim Statistischen Bureau in Berlin angestellten Kalkulator Hobe den Charakter als Rechnungs-Rath, sowie dem Kreisphysikus Dr. Buchholz zu Vergheim den Charakter als Sanitätsrath verliehen, und den Bürgermeister von Garßen zu Barel, der von den städtischen Kollegien in Goslar auf dessen Lebenszeit gekorenen Wahl entsprechend, als Bürgermeister der Stadt Goslar bestätigt.

Der Apotheker Hartmann zu Magdeburg ist zum pharmazeutischen Professor des Medizinal-Kollegiums der Provinz Sachsen ernannt worden.

## Aus der Donnerstag-Abend Sitzung des Reichstags.

Nach dem Minister v. Puttkamer ergriß das Wort der Abg. Richter (Hagen). Nach dem stenographischen Berichte lautete seine Rede: Abgeordneter Richter (Hagen): Für mich hätte es der Versicherung des Herrn Ministers gar nicht bedurft, daß er alles, was er vorgebracht, sich wohl überlegt hatte, und daß er zu solchen Erklärungen autorisiert wäre. Der Herr Abgeordnete Richter hat meines Erachtens, indem er versuchte, den Herrn Minister gewissermaßen zum selbständigen Träger dieses Systems der Wahlbeeinflussung zu machen, dem Herrn Minister eine Bedeutung beigelegt, die er in keiner Weise verdient. — Nein, meine Herren! Ich bin so oft bei einem guten Willen verstanden worden; ich denke, heute werden Sie mich ganz besonders gut verstehen. (Seiterkeit.)

Meine Herren, ich sage also: wenn Herr Richter den Herrn Minister des Innern gewissermaßen als selbständigen Träger dieses Systems der Wahlbeeinflussungen im Gegensatz zum Kanzler hinstellt, der wohl von diesen Dingen keine Kenntnis habe, hat er dem Minister des Innern eine politische Bedeutung beigelegt, die er in keiner Weise verdient. (Oho! rechts.) — Nein, meine Herren, die Minister sind nicht vorsichtig und sagen in solchen Sachen nichts, wozu sie nicht beauftragt sind. Es könnte sonst plötzlich ein „Kommel“ aus dem Boden herauswachsen, und der Minister wäre dann nicht mehr zu sehen, wie wir es schon mehrfach erlebt haben. (Seiterkeit.) Die Unterscheidung zwischen dem Kanzler und irgend einem Minister ist jetzt nicht mehr unseren Verhältnissen entsprechend.

Nun, meine Herren, hat der Herr Minister, das möchte ich gleich vorab sagen, auch ausdrücklich wiederholt und bestätigt seine Berufung auf den besonderen Willen und die besondere Ansicht des Monarchen, die hier noch in Betracht komme, abgesehen von dem Willen der Regierung, in Bezug auf die Belohnung der bei den Wahlen thätigen Beamten. Er hat damit den Monarchen unmittelbar hier in die Diskussion gezogen. Meine Herren, wenn ich nun nicht mehr Achtung hätte vor der Krone und ihren Ansichten und nun dasselbe Maß der Befreiheit hier in Anspruch nähme, was der Herr Minister in Anspruch genommen hat, und nun diese Ansicht hier zum Gegenstande der Kritik machte, wohin würde eine Diskussion führen im Interesse des Ansehens des Monarchen in diesem Hause. (Sehr richtig! links.) Wo ist denn die Grenze, wo wir dann stille stehen? Wie kann da der Monarch noch über den Parteien stehen, wenn in der Weise der Minister ihn zum Schilde benutzt gegen die Angriffe, die er selbst hervorruft? (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, gestatten Sie mir nur eine persönliche Bemerkung vorweg zu machen. Der Herr Minister hat, nachdem er bei zwei Diskussionen verunglückt war, auf mich hingewiesen, auf eine Rede, die ich hier im Zwischensaal gehalten habe über die Verstaatlichung, und dann gesagt, darin seien gerade die tendenziösen Unwahrheiten hervorgetreten. Meine Herren, mir ist vollständig gegenwärtig, was ich an jenem Abende gesagt habe. Ich führte aus: wir haben das System der Verstaatlichung des Tabakbaues, wir haben das System der Verstaatlichung der Unfallversicherung vor uns, wir haben das System der Verstaatlichung der Eisenbahnen; jetzt — und dann zitierte ich den „Staatssozialisten“, ein bekanntes konservatives Blatt, welches die Verstaatlichung des Getreidehandels vorschlägt, — den „Staatssozialisten“, der meines Erachtens ein konservatives Blatt ist, an dem namentlich der Herr Professor Wagner mitarbeitet (hört, hört! links), der in der Lage war, sich während der Wahlbewegung mit den Vätern des Kanzlers nach seiner Unterredung in Kissingen besonders vertraut hinzustellen. (Hört, hört! links.) Also nicht ich habe ein solches Projekt imputiert, sondern ich habe einfach das von den Freunden der Regierung, einem befreundeten Blatte, aufgeworfene Projekt der Verstaatlichung des Getreidehandels zum Gegenstande der Kritik gemacht; ich habe kritisiert Äußerungen, wie man sie hier auch oft gehört hat, daß der Staat die Getreidepreise festsetzen müsse, weil sonst alle Vortheile der Wirtschaftspolitik wieder verloren gingen. Also dieser Angriff des Herrn Ministers des Innern auf mich fällt noch haltloser zusammen, als die übrigen, und das will viel sagen. (Seiterkeit links.) Was ich gesagt habe, das war die Abwehr eines von der konservativen Partei vorgebrachten, gegen uns hervorgehobenen Projekts; es war also eine einfache Diskussion von Partei zu Partei, kein Angriff auf die Regierung als solche und noch viel weniger eine tendenziöse Unwahrheit.

Meine Herren, nun habe ich doch noch Einiges auszuführen, was nicht unmittelbar an das anschließt, was der Herr Minister gesagt hat. Der Herr Abgeordnete von Geiermann meinte, wir sollten uns doch mit diesem Antrage nicht eilen. Nun, ich bin der Meinung, daß wenn dieser Antrag jetzt angenommen wird, dies den Vorzug hat, Alle aufzurufen im Lande, Thatsachen, die unter diesen Antrag fallen, durch die Vermittlung der einzelnen Abgeordneten der Wahlprüfungs-Kommission mitzutheilen, damit sie auf Grund dieser Thatsachen sich ein vollständiges Bild dieser Wahlbewegung und Wahlbeeinflussung machen können. Meine Herren, es kommt nicht bloß darauf an, solche Beeinflussungen zu konstatieren, die bei einem Wahlproteste geltend gemacht

werden, wir sind in sehr großer Zahl gewählt, trotz der Beeinflussung; das macht aber die Beeinflussung darum nicht besser, denn nicht der Erfolg oder Mißerfolg von unserem Standpunkt bestimmt unser Urtheil, sondern wir verwerfen diese Dinge, obwohl wir zugeben müssen, daß uns diese Art der Beeinflussung vielfach sehr viel Nutzen gebracht hat. Meine Herren, ich meine auch, die Wahlprüfungs-Kommission könnte für die Beurtheilung des einfachen Falles nur einen sicheren Maßstab gewinnen, wenn sie auch das ganze System ins Auge faßt. Die früheren Wahlprüfungs-Kommissionen haben das vielleicht zu wenig gethan; darum, so viel die Wahlprüfungs-Kommission auch arbeitet, so viel sie der einzelnen Köpfe abschlägt, es wachsen immer wieder neue aus den Wahlbeeinflussungen heraus, wenn man nicht das System im Ganzen einer Kritik unterwirft, und ich meine, den Mitgliedern der Wahlprüfungs-Kommission würde die heutige Debatte und die heutigen Erklärungen des Herrn Ministers schon einen ganz anderen Maßstab zur Beurtheilung der einzelnen Vorkommnisse abgeben, als sie ihn bisher besaßen. Der Antrag ist deshalb in der That eilig, und mag auch die Wahlprüfungs-Kommission nach Lage ihrer Geschäfte entscheiden, wann sie Bericht erstattet; daß aber die Wahlprüfungs-Kommission den Antrag erhält, daß sich Alle aufgefordert fühlen im Lande, der Wahlprüfungs-Kommission bei Erfüllung dieser Aufgabe zu helfen, das müssen wir schon heute veranlassen. Oder sollte etwa die Zentrums-partei insbesondere meinen, daß von ihrem Standpunkt aus es weniger eilig sei, gegen Wahlbeeinflussungen Schutzmittel zu gewinnen? Ja, meine Herren, wer kann das heutzutage sagen, wie lange die Zentrums-Partei noch als das kleinere Uebel gegenüber der Fortschrittspartei angesehen wird? (Seiterkeit.) Der Herr Abgeordnete Windthorst, das muß ich anerkennen, bemüht sich in den Augen des Herrn Reichskanzlers möglichst klein zu bleiben (Seiterkeit); aber in den letzten vierzehn Tagen ist er meines Erachtens als Uebel in den Augen des Herrn Reichskanzlers schon stark gewachsen, (Seiterkeit) beinahe so groß schon, wie Einer von unserer Partei. (Seiterkeit links.) Also, meine Herren, — der Kanzler reitet schnell. Wer weiß, ob die Dinge sich in Kurzem so oder so gestalten.

Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Richter nicht einverstanden in Bezug auf den großen Werth, den er auf die Statistik legt. Ich muß sagen, ich habe diese ganzen statistischen Betrachtungen des Herrn Reichskanzlers für einen Scherz gehalten, und ich habe mich heute und jetzt gewundert, daß der Herr Minister von Bötticher sich auch verpflichtet gesehen hat, diesen Scherz des Kanzlers zu vertreten. Die statistischen Betrachtungen sollen ergeben, daß der Kanzler eigentlich gewonnen habe bei den Wahlen; denn wenn er auch 338,000 Freikonservative verloren, so hat er doch dafür 120,000 Deutschkonservative gewonnen. Ja, meine Herren, wenn der Reichskanzler einen Deutschkonservativen für so viel werth hält wie vier Freikonservative, (große Seiterkeit) so haben wir gar keine Veranlassung, ihn in dieser Beziehung zu kritisieren. (Große Seiterkeit. Unruhe. Glocke des Präsidenten.) Meine Herren, ich könnte noch eher — das ist ja das neueste Problem der Kanzlerpraxis — einen Unterschied zwischen dem Abgeordneten Windthorst und dem Abgeordneten von Frandenstein entdecken, obgleich ich das auch bisher noch nicht im Stande gewesen bin, als den Unterschied genau fixieren, der zwischen den Freikonservativen und den Deutschkonservativen im Verhältnis zum Kanzler besteht.

Meine Herren, ich bin nun nicht der Ansicht, daß diese Sache wesentlich in den preussischen Landtag gehört; nein, das ist eine eigentliche res domestica des Reichstags, es ist seine eigentliche und nächste Sache, mit der Wahlfreiheit die Reinheit seines Ursprungs zu schützen. Im Landtag werden wir auch noch darüber sprechen; allerdings, meine Herren, da wird es unsere Aufgabe sein, der besonderen Beschämung, die wir als Preußen empfinden, Ausdruck zu geben, daß solche Sachen gerade in Preußen vorkommen, worüber man in anderen Staaten viel weniger zu klagen hat.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter meinte, der Kanzler wüßte nichts von den Sachen, man müßte ihn besser informieren, und der Minister Puttkamer sei der eigentlich Schuldige. Meine Herren, ich habe das schon oben angedeutet, der Kanzler weiß von diesen Dingen viel mehr als von anderen Fragen. (Seiterkeit links.) Meine Herren, die äußeren Vorgänge der Wahlen verfolgt der Kanzler mit erstaunlichem Fleiß und Eifer. Wie viel Briefe schreibt der Mann an die einzelnen Wahlkreise! Der Fehler des Kanzlers ist, daß er zwar die äußeren Vorgänge der Wahlen kennt, daß er sich aber auf die innere Volksstimmung so durchaus gar nicht versteht. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, der neue Herr aus Württemberg (v. Wöllmerth) (Seiterkeit links) debütierte mit einer Lobrede auf den Kanzler. Ja, meine Herren, wenn er sich vielleicht die Sache etwas länger und mehr angesehen hat, wird er wohl sein Urtheil etwas berichtigen. Es ist ja eine eigenthümliche Erscheinung, daß im Verhältnis der Entfernung von Berlin augenblicklich die Lobeserhebungen, die unbedingte Eingebung für den Kanzler am stärksten ist, — allerdings in der letzten Zeit auch nicht mehr ganz, denn wenn der Herr sich auf Württemberg berufen hat, so ist es doch eigenthümlich, daß in so vermindelter Zahl gerade die Mitglieder seiner Partei aus Württemberg zurückgekommen sind. Meine Herren, ich meine, wenn der Kanzler wirklich so unfehlbar immer das Richtige trifft, wenn er so erhaben ist über alles, so alles versteht, wie der Herr Abgeordnete es andeutet, dann müßte er den Antrag einbringen, daß man überhaupt dem Kanzler die Diktatur übergäbe. Das ist die Konsequenz solcher Anschauung. Aber so lange wir eine eigene Verantwortlichkeit haben sollen, so lange wir ein selbstständiges Urtheil abgeben müssen, muß auch die freie Wahl sein, müssen auch unsere Wähler selbstständig sein, — entweder das eine oder das andere! (Sehr richtig! links.) Und ich meine, gerade wenn der Kanzler so überlegen ist der Opposition, wozu bedarf es dann all der Anstrengungen der Landräthe und all der äußeren Mittel, um die Stimmen des Volkes zur Erscheinung zu bringen?!

Das, worin eigentlich die ganze falsche Auffassung des Herrn Ministers des Innern besteht, ist, daß er verwechselt das Verhältnis der Parteien zu einander mit dem Verhältnis zur Regierung. Meine Herren, es handelt sich hier durchaus nicht darum, daß, was die Parteien untereinander, gegeneinander unternommen haben, zum Gegenstand eines Antrags oder auch nur einer Diskussion zu machen. Ich weiß also auch gar nicht, was irgend eine Bezugnahme auf einen Angriff dieser oder jener Partei bedeuten soll; am wenigsten weiß ich, was Erzählungen von Anekdoten beim Wahlkampf mit diesem Antrag gemein haben. Der Herr aus Württemberg hat uns erzählt von der Auffassung, die in Württemberg zu verbreiten gesucht wäre in Bezug auf die Wiederkehr gewisser mittelalterlicher Einrichtungen. Ja, meine Herren, ich könnte ebenso erzählen, wie einmal von konservativer Seite

gegen uns geltend gemacht worden ist; wenn derselbe Abgeordnete noch einmal wiedergewählt würde, dann wäre er 10 Jahre gewählt, und dann müßte er Pension bekommen. (Seiterkeit.) Solche Wahlanekdoten sind nicht charakteristisch für die Wahlbewegung. Es handelt sich überhaupt gar nicht darum, was die Parteien als solche im Wahlkampfe vorgebracht haben, sondern es handelt sich um die Einmischung der Regierung und der Regierungsorgane als solche in den Wahlkampf. Meine Herren, wir wollen das gleiche Recht für alle Parteien, wir wollen mit gleicher Sonne und Wind kämpfen, weil dann überhaupt nur die Wahlen ihren Zweck erfüllen. Nach der Auffassung des Herrn Ministers sollte man meinen, daß die Wahlen eine Kraftprobe auf die Macht der Regierung sein sollen, (Sehr richtig! links) während die Wahlen dem Volk Gelegenheit geben sollen, selbstständig ein Urtheil über die Regierung, über die gegenwärtige Richtung der Minister im Amte zu äußern; und dieses selbstständige Urtheil kann nur gefällt werden, wenn jeder Ansicht das gleiche Recht im Wahlkampf gegeben wird, wenn nicht die Wahlmittel der Regierung auf der einen Seite in die Waagschale fallen, und dadurch ein richtiges Urtheil verhindert wird.

Meine Herren, von diesem Standpunkte aus bin ich auch gar nicht etwa dagegen, daß der Fürst Bismarck als Fürst Bismarck sich in den Wahlkampf einmische. Nein, meine Herren, das Recht hat er vollständig. Er schreibt ja jetzt fast alle Tage einen Brief: einmal setzt er den Berlinern auseinander, daß sie an einer chronischen Krankheit leiden; dann schreibt er in die Westpreignitz, daß ein Landkreis, ein bauerlicher Kreis, keinen Fortschrittsmann wählen könne; dieser Tage hat er nach Hof geschrieben, wie leid es ihm thue, daß Herr von Schauk nicht wieder gewählt worden sei; das mag er auch alles in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in Form von Dankesbriefen und dergleichen veröffentlichen, wie er will; das ist sein Recht. Der Unterschied gegen früher ist nur, daß man früher so allseitig mit ihm einverstanden war, so übereinstimmend mit seiner Politik, daß er gar nicht nöthig hatte, es als etwas Merkwürdiges zu veröffentlichen, wenn ein paar Leute erklärten, daß sie mit ihm übereinstimmen, während er jetzt es fast schon als eine Merkwürdigkeit veröffentlichen muß, wenn selbst ein paar nicht wahlberechtigte Studenten sich auch einverstanden erklären. (Sehr richtig! links, Seiterkeit.)

So haben sich die Zeiten verändert, meine Herren. Das mag der Kanzler thun, das ist sein Recht, wir klagen darüber nicht; offen gestanden, es hat uns dieser Briefwechsel des Kanzlers sehr genützt. Anfangs machten die Briefe noch wegen der Merkwürdigkeit Eindruck. Der Reiz hat sich nun auch gegeben. Wenn der Herr Minister von Puttkamer auch solche Briefe schreiben will, haben wir auch nichts dagegen. Ja, meine Herren, selbst wenn die nächste politische Umgebung des Kanzlers, zum Beispiel sein Sohn, der ständige Hilfsarbeiter des Kanzlers ist, eine Rede gehalten hat: Nieder mit der Fortschrittspartei! — das betrachte ich auch nicht als unerlaubte Wahlbeeinflussung, das gehört auch mit zur Vertretung seines Vaters, (Seiterkeit) es ist dasjenige, was wir jeder Partei, und in diesem Falle auch den dem Kanzler zunächst stehenden Personen, durchaus als ihr Recht vindizieren. Meine Herren, es ist wirklich, wenn man sich das Alles vergegenwärtigt, was der Kanzler selbst schreibt in der Presse, — ich staune, obgleich Schriftsteller von Beruf, über die Leistungsfähigkeit des Kanzlers in der Presse; wir können nicht so viel leisten, wie der Kanzler selbst in der Presse, trotz seiner großen anderen Aufgaben — meine Herren, dann ist es ganz seltsam, wenn dem gegenüber der Herr Minister von Puttkamer heute nochmals spricht von der hilflosen Regierung, gewissermaßen den Kanzler hinstellt als einen Greis, der sich nicht zu helfen weiß (Seiterkeit), wenn nicht die Landräthe ihm zu Hilfe kommen; wenn die Landräthe nicht vor ihn treten und was drum und dran hängt, dann sei der Kanzler der arme, hilflose, schwache Mann, der sich gegen alle diese Angriffe gar nicht zu verteidigen weiß.

Nun, meine Herren, komme ich auf die Sache in Bezug auf Hanau. In Hanau ist zunächst kein Kompromiß geschlossen worden mit den Sozialdemokraten — Kompromiß nennt man doch einen Vertrag auf Gegenseitigkeit —, sondern die dortige Fortschrittspartei, das Lokalkomitee, hat selbstständig erklärt bei der Stichwahl, daß es dem Sozialisten den Vorzug gebe vor dem konservativen Kandidaten, dem pastor emer. Diebe aus Diebeselb. Darüber hält sich nun der Minister des Innern sehr auf und sagt:

Wenn man so etwas sehen muß, daß einem monarchischen Konservativen gegenüber, er mag sonst seine Mängel haben wie er will, der Sozialdemokrat das kleinere Uebel ist, dann sage ich wieder, die Regierung muß ihre Waffen so scharf gebrauchen, wie es nur möglich ist, um sich gegen solche Angriffe zu verteidigen.

Meine Herren, ich habe hier die „Schlesische Zeitung“ (sehr gut! links), das Organ der Regierungspartei in Breslau, nach der sich die dortigen Regierungsorgane, den Oberpräsidenten mit eingerechnet, in ihrem Verhalten richten. Darin heißt es:

Prinzipiell ist ihr Gegensatz zur Sozialdemokratie — es ist die Rede von denjenigen Wählern, welche außerhalb der beiden zur Stichwahl stehenden Parteien stehen — allerdings der schärfste; praktische Erwägungen aber lassen, wie auch die Verhandlungen im Neuen Wahlverein zeigen, in den Augen vieler Wähler den Sieg der Sozialdemokraten für Breslauer Verhältnisse als das kleinere Uebel erscheinen u. s. w. — da ist die Sozialdemokratie also wieder das „kleinere Uebel“. (Seiterkeit.)

Dann fährt dieses Blatt fort in seiner Mittheilung:

Nicht nur unsere eigenen sehr eingehenden Beobachtungen, sondern auch Mittheilungen durchaus glaubwürdiger und einsichtiger Männer haben uns zu der Ueberzeugung geführt, daß unsere Breslauer Sozialdemokraten fast durchweg harmlose Leute sind, die eine in der Menschennatur tief begründete Unzufriedenheit mit ihrer Lage empfinden und, ohne viel zu denken, allem anhängen, was sie eine Besserung derselben erhoffen läßt.

Wie also die Herren sehen, haben die Konservativen die Sozialdemokraten in den zwei Breslauer Bezirken, in dem einen Nürnberger, in dem Hamburger Wahlkreis (Hufe: Berlin! Frankfurt!) als das kleinere Uebel erklärt, für harmlose Leute, — und meine Herren, warum wollen Sie es dann den Hanauern übelnehmen, wenn sie nach solchen konservativen Versicherungen schließlich auch geglaubt haben, daß die Sozialdemokraten das „kleinere Uebel“ sind (sehr gut! links), und daß sie, wie hier das Regierungsblatt sagt, meist harmlose Leute sind, die durchweg eine in der Menschennatur tief begründete Unzufriedenheit mit ihrer Lage haben und, ohne viel zu denken, allem anhängen, was



ste eine Besserung derselben erhoffen läßt. Es hätte der Minister ebenso anführen können, daß z. B. in Sachsen Abgeordnete der Fortschrittspartei umgekehrt aufgefordert haben, für die Konservativen gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, und zwar in einer öffentlichen Erklärung. Wenn also nach allen diesen Vorgängen von konservativer Seite die Fortschrittspartei in Genuß zu solch konservativen Ansichten über die Sozialisten selbst gekommen war, so kann man ihr das um so weniger verdenken gegenüber der Person des Gegners. Das war kein Konservativer, wie sie durchweg hier sitzen, sondern ein demagogischer Gekprediger der schlimmsten Sorte (Ause links: sehr wahr!), der bekannte Pastor Dieke in Viefelsfeld. Das, meine Herren, sage ich ganz offen: ich halte diese Demagogik von Pastoren für viel schlimmer als die Sozialdemokratie, deshalb, weil diese in Bezug auf Erregung von Klassenhaß genau dasselbe leisten wie die Sozialisten, und dazu kommt noch die Aufschüchtlung der religiösen Leidenschaften, und weil sich diese Aufschüchtlung der niedrigsten Leidenschaften in das Gewand der Autorität einer geistlichen Stellung oder wenigstens des geistlichen Standes kleidet, wenn auch jener Herr selbst unmittelbar nicht mehr in geistlicher Stellung war. — Inbezug, meine Herren, ich glaube über den Hanauer Fall haben wir damit genug geurtheilt.

Was die Pastoren betrifft, so bin ich der Meinung, daß diese auch nicht Gegenstand der Debatte sind. Die Pastoren ressortiren nicht von der Staatsbehörde, die Beeinflussung durch Pastoren fällt nicht unter das Rubrum dieses Antrags, und wenn ich meine Meinung sagen soll, so habe ich gar nichts dagegen, daß jene orthodox-evangelischen Pastoren von dieser Art eine solche Wahlagitiation getrieben haben, wie es vielfach der Fall war. Ich kann nur bestätigen, daß diese Art Wahlagitiation uns sehr genügt hat, und daß sie nur schadet der Kirche selbst und ihr noch mehr schaden würde, wenn nicht auf der anderen Seite auch Geistliche in den Wahlkampf eintreten und der Menge beweisen, daß dasjenige, was diese Pastoren thun, nicht dem ganzen Stande zur Last gelegt werden darf, sondern, daß es auch noch andere giebt, als diese Gekpredigten, die auf jener Seite kämpfen.

Meine Herren, was nun die „Provinzialkorrespondenz“ betrifft, so sind daraus Stellen verlesen worden und bei den Stellen haben die Herren auf der rechten Seite gerufen: Sehr richtig! Ja, wir haben gar nichts dagegen, wenn solche Sachen, wie sie in der „Provinzial-Korrespondenz“ standen, Ihnen gefallen und auch gegen uns gedruckt werden. Dasjenige, was uns in dieser Frage schadet, ist, daß wir wollen, daß die Herren das auch selbst bezahlen, was sie drucken lassen; was wir der Regierung vorwerfen, ist, daß sie aus den Mitteln der Steuerzahler, die dazu nicht bestimmt sind, Zeitungen erscheinen läßt, Flugblätter herausgibt, die die Parteien in dieser Weise verächtlichen, verunglimpfen, sie der mangelnden Königskrone, des Landesverrats u. s. w., wie hier ausgeführt worden ist, anklagen. Meine Herren, gerade dieser Ton, den die „Provinzialkorrespondenz“, den die offiziöse Presse angeschlagen hat, den sie z. B. jetzt wieder anschlägt gegen den Herrn Abgeordneten Windthorst, — dieser wahrhaft nichtswürdige Ton, der gegen den Abgeordneten Windthorst angeschlagen worden ist, der vergißt unser Volksleben, unseren Parteilampf, wie Herr von Bennigsen ausgeführt hat, auf das aller schlimmste. Unmittelbar nach dem Wahlkampf war man von konservativer Seite sehr geneigt, in gar vielen konservativen Blättern einzugehen, daß gerade diese Art Wahlkampf der offiziösen Presse am meisten geschadet hat. Meine Herren, was wir also hier zu behandeln suchen, ist nicht dasjenige, was die konservative Partei gegen uns als Partei gethan hat; Ausschreitungen von der einen oder anderen Seite, die gleichen sich aus und bestrafen sich auch selbst; es ist nichts verkehrter, als solche Ausschreitungen im Wahlkampf zu begehen, — sie fallen auf den zurück, der sich ihrer bedient. Wir machen nur das zum Gegenstand des Antrags, was in den Kreis hineinfällt von Gemischnung der Regierungsgewalt als solcher, Benutzung der Staatsmittel, der Staatsautorität im Wahlkampf. Nun, meine Herren, allerdings die Landräthe sind die schlimmsten. Ich meinerseits bin darin gar nicht animos; mein Landrath war diesmal krank und beurlaubt, ich habe also nicht besonders zu leiden gehabt; aber, wie z. B. Herr Ridert angeführt hat, daß der Herr Landrath von Manteuffel, obwohl er gar nicht Wähler des Randower Kreises war als Bewohner von Stettin, in den Wahlkampf sich eingemischt hat, so hat es in Berlin Herr Scharnweber, der auch nicht Wähler des Niederbarnimer Kreises war, sondern in Berlin wohnt, gemacht. Es wurde eines Tages in den Zeitungen eine Einladung abgedruckt, wonach die konservativen Vertrauensmänner sich im Reichshaus in Berlin einfinden möchten, um die Wahlvorbereitungen für Niederbarnim zu besprechen. Meine Herren, in Schivelbein hat z. B. der Landrath, ich glaube, er heißt von Gottberg, durch Postkarte die Schulzen zu einer wichtigen Besprechung eingeladen, um sie auch im konservativen Sinne zu bearbeiten.

Herr Ridert hat von den landwirthschaftlichen Vereinen gesprochen; — in der vorigen Woche ist in Jervohn in der Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins, der seine Politik treibt und auch nicht dazu berechtigt ist, ein technischer Vortrag angelegt — plötzlich erscheint der Landrath von Lohbede, bringt ein Hoch auf den Kaiser aus und hält einen Vortrag, eine Wahlrede zu Gunsten des Kandidaten Bueckgen uns. Ein Mißbrauch der landwirthschaftlichen Versammlungen. Der Herr Reichsanwalt hat im vorigen März es schon für nicht billig gehalten, daß der Landrath durch seine Anwesenheit auf den Wahlversammlungen einen Druck auf die Wähler ausübt, daß er auch nur im Geiste über den Kandidaten mit schmeichenden Flügeln schwebt. Nun, meine Herren, lesen Sie mal, was der Prinz Neuf geredet hat in dem Wahlkampf gegen Herrn von Bunsen. Was geschieht in diesem Augenblick bei der Nachwahl hier drüben in Jüterbog-Luckenwalde? Der eine Landrath ist schon Mitglied des Abgeordnetenhauses; während der Zwischenzeit hat der Kreissekretär Untersuchungen gemacht und sich das Leben genommen; wie ich höre, hat der Landrath selbst einen Theil des Schadens tragen müssen; gleichwohl, obgleich der Landrath Mitglied des Abgeordnetenhauses ist, ohne Rücksicht auf das Amt wird er nun — wie es in dem Aufruf heißt, weil er am besten durchkäme — auch als Reichstagskandidat aufgestellt. Der Landrath des Nachbarkreises, der auch zum Wahlkreise gehört, stellt sich nun hin als konservatives Zentralkomitee, und während der Kanzler darüber schon ungelungen war, daß Herr Lasker mal in dem Wagen des Herrn Baumbach, der nicht einmal Eigenthum des Herrn Baumbach war, gefahren ist, lese ich heute Morgen in dem dortigen Kreisblatt, wie der Landrath des Sauch-Belziger Kreises als konservatives Zentralkomitee ankündigt, daß der andere Landrath, der Reichstagskandidat, an 6 bis 7 Tagen da und da Versammlungen halten würde, und er ladet ein, dazu zu kommen. In einem Aufruf fordert er alle königstreuen Männer auf, im Sinne der kaiserlichen Botenschaft für den Landrath zu stimmen. So macht ein Landrath den anderen zum Abgeordneten. (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, hier empfiehlt also der Landrath den Kandidaten. Der Kollege Westphal wird ja demnach das noch zur Sprache bringen, wie umgekehrt ein Landrath den liberalen Kandidaten beschimpft. Ich weiß von der Sache weiter nichts als hier diese Bekanntmachung des königlichen Landrath von Bennigsen-Wörber in Raseburg vom 25. Oktober. Der Herr Minister sagte heute: ja, der Herr Landrath habe nur den Herrn Berling in seiner amtlichen Stellung angegriffen, das habe mit den Wahlen nichts zu thun. Meine Herren, das ist vollständig unwahr. Es heißt in dieser Bekanntmachung des Landraths, die ich wörtlich vor mir habe — und man sollte doch annehmen, daß der Herr Minister des Innern bereits so weit gekommen wäre, um in diesem Falle wenigstens das Gelesene zu haben — da heißt es ausdrücklich:

Für alle diejenigen, welche in gutem Glauben bisher der Führung des Herrn Berling und seiner Anhänger gefolgt sind, wird es von besonderem Werthe sein, zu erfahren u. s. w. — Thatfachen, welche geeignet sein dürften, nicht bloß seine Bedeutung als politischer Partei-

führer, sondern auch seine einflussreiche Stellung in Ehrenämtern u. s. w. zu gefährden.

Also er greift direkt den politischen Parteiführer an. Vom 25. Oktober ist dies datirt, wo eine Entgegnung unmittelbar vor der Wahl gar nicht mehr möglich war. Ich will aber auf diesen Fall im Einzelnen nicht weiter eingehen.

Meine Herren, zu dem System der Beeinflussung gehört auch das Entziehen von Lokalen. Als ich in der Flora in Charlottenburg sprechen wollte, und bereits kontraktlich die Besitzer der Flora sich dem Charlottenburger Wahlkomitee gegenüber verpflichtet hatten, das Lokal zu einem bestimmten Preise zu den Versammlungen abzulassen, ist der Polizeidirektor von Salbern bei der Verwaltung der Flora erschienen und hat sie verweigert, kontraktbrüchig zu werden, um mich zu verhindern, in der Flora in Charlottenburg zu sprechen. (Hört! hört!) Es freut mich, daß die Wahlprüfungskommission beschlossen hat, darüber Beweise zu erheben. Es ist gesagt worden, es hätte sich in der Flora Feuergefährlichkeit herausgestellt oder ich könnte nicht reden, weil sonst dort die Polizeistunde eingeführt werden müßte, — ich weiß nicht, wie das zusammenhängt.

Das ist nur ein einzelner Fall, hier in der Nachbarschaft von Berlin. Es ist eigenthümlich, daß, während die Konservativen in Schöneberg und Wilhelmsdorf große Versammlungen abgehalten haben, sich kein Wirth fand, der den Muth hatte gegenüber dem Amtsvorsteher, zu einer liberalen Versammlung sein Lokal herzugeben, und das geschieht unmittelbar im Umfange von einer Viertelstunde Entfernung vom Reichstag.

Meine Herren, nun in Altenburg ist das zu einem förmlichen System ausgebildet gewesen: die Bedrohung der Wirths, um dadurch zu verhindern, daß die Liberalen sprechen.

Meine Herren, ganz eigenthümlich und charakteristisch für das System ist — heute ist noch nicht davon gesprochen — das Verhältniß zu den Lehrern; man sieht auch hier, wie rasch die Ansichten der Regierung gewechselt haben. Im Mai war eine Wahl in Gessen und es war dort ein Lehrer aufgestellt, für den sich wohl andere Elementarlehrer als ihren Standesgenossen, interessirt haben. Da erschien eine Verfügung der Regierung zu Kassel vom 18. Juli d. J., welche nachdrücklich vor politischen Agitationen verwarnete, „da ein solches Gebahren im Dienste irgendwelcher politischen Partei in hohem Grade geeignet sei, Zerrwürfnisse zwischen den Lehrern und einem größeren oder geringeren Theil der Gemeinde hervorzubringen, welche das gedehliche Zusammenwirken von Haus und Schule gefährden und die Autorität bei der Schulpflicht bedenklich erschüttern.“ Dem kann man zustimmen bis zu einem gewissen Grade: hier wird dem Lehrer die Agitation für irgend welche Partei untersagt. Nun, meine Herren, kommt einige Monate später eine Verfügung der königlichen Regierung zu Düsseldorf, welche den Lehrern nur untersagt, sich an Agitationen zu betheiligen, welche den Absichten der Staatsregierung entgegengeetzte Ziele verfolgen. Es wird ihnen also die Agitation zu Gunsten der konservativen Partei vollständig frei gegeben.

Nach ein Schritt weiter. Der Landrath von Dörken im Landkreise Bromberg erscheint bei der Einweihung der Schule in Langenau in Gegenwart der Schulkinder und hält eine Agitationsrede, in der er warnt, der rothen Fahne der Fortschrittspartei zu folgen, und er fordert die Lehrer aus, den Patriotismus wach zu rufen, und dem konservativen Kandidaten zum Siege zu verhelfen; er trägt also unmittelbar in die Mitte der Schulkinder die Wahlagitration für die Konservativen hinein.

Meine Herren, man hat ja förmliche Beamtenvereine gebildet zur Wahlagitration in der Gestalt von „Neuen Wahlvereinen.“ In Breslau ist das Muster gewesen: an der Spitze steht der Oberpostdirektor, in den Regierungsbureaus werden die Mitglieder gewonnen, dem Verein beizutreten. In diesem Verein, wesentlich aus Beamten unter Einziehung einiger anderer Personen, werden natürlich wieder Beamte als Kandidaten aufgestellt, in einem Kreis der Oberpräsident, in einem anderen der Staatsanwalt. Das Muster wird weiter befolgt in dem benachbarten Pommern, dort stellt man auch den Staatsanwalt auf und den Vorsitz in einem solchen Wahlverein, welcher Herrn Stöcker sich kommen läßt aus Berlin, führt der Regierungsschulrath, und Herr Stöcker hält dort eine Rede gegen die bestehende Gesetzgebung, wobei der Regierungsschulrath den Vorstoß führt, als ob sich das von selbst verstände und nicht irgendwie die Autorität der Regierung berühre, wenn die bestehende Gesetzgebung in dieser Weise angegriffen wird.

Das Beispiel setzt sich fort in Potsdam: auch hier im Verein, zu dem die Mitglieder in den Bureaus gewonnen werden, wieder ein Regierungsrath an der Spitze, dieselbe Art der Sache, eine Organisation des Beamtenthums zur Wahl in einem Umfang, den man früher kaum gekannt hat. Die Beamten dürfen herumreisen, um Reden zu halten, der Strafanwaltsdirektor Stroscher erschien in Charlottenburg, in Teltow, hielt eine Rede und beurlaubte seines Amts. Wir haben in Berlin einen Hilfsarbeiter Schulz erlebt, (Heiterkeit) aus dem Reichsamt des Innern, der hat jeden Tag seine Wahlrede gehalten, so lange er überhaupt in Berlin ist. Ich weiß nicht, wozu der irgendwie sonst dem Reichsamt des Innern noch geholfen hat.

Ein Polizeisekretär in Breslau reist in Schlesien umher und empfiehlt die neue Wirtschaftspolitik des Reichsanwalt; nachher stellt sich heraus, daß der Mann den Manifestationseid geleistet hat, weil er seine Schulden nicht bezahlen kann. Das sind die Apostel der neuen Wirtschaftspolitik! Dabei macht er in Jubenke, so viel er kann. Er ist erst kurz vor den Wahlen entlassen worden, überall figurirte er in den schlesischen Versammlungen als der Polizeisekretär aus Breslau.

Den Lehrern wird jede Agitation untersagt. Unter einem Wahlaufruf für den konservativen Kandidaten im Landkreise Königsberg stehen 27 Lehrer, und hier an der Spitze der konservativ-antisemitischen Bewegung in Berlin stehen Lehrer. Das hält man alles verträglich mit dem Ansehen der Lehrer, und der Herr Reichsanwalt richtet an alle diese Lehrer Briefe und bekennt sich bei Dr. Förster und Professor Brecher, und wie sie alle heißen, für die Hilfe, die sie ihm geleistet haben. Die Herren betreiben ihre Agitation jetzt in der Art, daß dieser Tage selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über eine Rede des Dr. Förster schrieb, diese sei ihr doch zu arg, er habe eine solche Rede gehalten, die sie nicht wiedergeben könne, — es muß also sehr schlimm gewesen sein.

Das schadet also dem Ansehen der Beamten nicht, aber auf der anderen Seite ist das einfache Eintreten eines Beamten für seine politische Gesinnung schon genügend, um Maßregelungen und Verfolgungen herbeizuführen.

Meine Herren, diese einzelnen Erscheinungen, die uns von hier und da mitgetheilt sind, erhalten heute einen ganz anderen Charakter durch die Erklärung des Herrn Ministers; heute erscheinen sie als ein System, heute sind sie nicht mehr Ausschreitungen einzelner, sondern der Anfang einer Organisation des Beamtenthums zur Wahlbeeinflussung.

Nun sagt der Herr Minister: wir identifiziren uns gar nicht mit einer Partei, wir vertreten nur das öffentliche Wohl. Ja, bei Wahlbeeinflussungen identifizirt er sich sogar mit der Partei des Pastor Dieke und sagt, die Regierung sei deswegen so ins Zeug gegangen, weil die Fortschrittspartei den Pastor Dieke nicht haben will, — und hier vor dem Reichstage sagt er wieder, die Regierung identifizire sich mit keiner Partei, sie vertritt das allgemeine Wohl. Meine Herren, das allgemeine Wohl wollen wir alle; wir bestreiten das keine einzelnen Partei, daß sie die Absicht hat, das allgemeine Wohl zu fördern; die Frage ist nur: auf welcher Seite ist die Wahrheit? wer fördert das allgemeine Wohl am besten? Der Herr Minister von Puttkamer sagt: wir müssen die Wahrheit vertreten. Ja, meine Herren, wenn Sie allein im Besitz der Wahrheit sind und das allgemeine Wohl vertreten, dann verschonen Sie uns doch überhaupt mit Wahlen und mit dem Parlament. Das ist ein Standpunkt, der den Absolutismus rechtfertigt, ein Standpunkt, welcher sich mit dem parlamentarischen

System nicht verträgt. Deshalb, weil man die Erfahrung gemacht hat, daß die Regierung nicht immer das allgemeine Wohl vertritt, nicht allein im Besitz der Wahrheit ist, deshalb hat man die Volksvertretung eingeführt, deshalb will man ein selbständiges Urtheil aus dem Volk heraus über die jeweilige Regierung, und wenn der Herr Minister ein selbständiges Urtheil nicht aufkommen läßt, dann trägt er dazu bei, daß die Wahrheit nicht zu ihrem Rechte kommt und das allgemeine Wohl nicht gefördert wird. Meine Herren, wenn die Regierungsgewalt in der Weise in den Wahlkampf gezogen wird, wie dies heute der Herr Minister proklamirt, glauben Sie denn nicht, daß das Ansehen der Regierung selbst darunter leidet, daß die Autorität der Beamten darunter leidet? Die Regierungen sind doch nicht dazu da, die Wahlen zu machen, sondern dazu, die Gesetze auszuführen in dem Sinne, wie sie gegeben sind, und wenn sie Wahlen machen nach dem Parteistandpunkt, nach der Autorität als Beamte, dann, meine Herren, machen sie sich verdächtig, daß sie die Gesetze nicht unparteiisch ausführen, und das erschwert die ganze Verwaltung im übrigen. Herr von Bennigsen hat äußerst treffend das System der Beamtenbeeinflussung gekennzeichnet, und Herr von Puttkamer hat darauf die Beamten in Anspruch genommen für die Regierung seiner Majestät des Königs. Nun, meine Herren, der König, die Gesetzgebung hat auch den Beamten das Wahlrecht gegeben und zwar nicht mit einem Vorbehalt, mit einer Klausel, sondern wie allen anderen Bürgern, (sehr richtig! links) und daß wir das geheime Wahlrecht haben, beweist die Absicht des Gesetzgebers und auch des Monarchen selbst, daß man eben die freie Meinung schenken will gegen Beeinflussung irgend welcher Art. Wenn Sie nun die Beamten so hinstellen, daß sie durch ihre amtliche Stellung behindert sein sollen, bei Wahlen ihrer politischen Meinung Ausdruck zu geben, wenn Sie die Beamten von vornherein für die Ansicht ihrer Vorgesetzten in Anspruch nehmen wollen, machen Sie aus ihnen Bürger zweiter Klasse, Sie degradiren sie, Sie entziehen ihnen dasjenige Bürgerrecht, was alle anderen Bürger besitzen. Das dient wahrlich nicht, das Ansehen der Beamten zu heben. Sind doch die Beamten diejenigen, welche in ihrer öffentlichen Thätigkeit sich oft noch viel mehr als irgend ein anderer in Bezug auf spezielle Fragen ein Urtheil bilden können, und diese sollen gerade, obgleich sie ihr ganzes Wirken den öffentlichen Dingen widmen, in Bezug auf die Wahlen ein schlechteres Recht haben, als andere Bürger?

Meine Herren, worin führt denn ein solches System der Regierung bei einem Wechsel? Man braucht nicht an einen extremen Wechsel zu denken. Heute sollen die Beamten für die Richtung des Pastor Dieke in Viefelsfeld eintreten, dessen sich der Minister so annimmt; wie lange ist es her, da war Herr Fall Minister, und meine Herren, ein System wie dasjenige, was der Pastor Dieke in Viefelsfeld vertritt, steht dem System, den Ansichten des Herrn Fall so schroff gegenüber wie irgend eins. Heute sollen sie für jenes System eintreten, während sie noch vor Kurzem von jenem Standpunkt hätten angehalten werden sollen, für das entgegengesetzte einzutreten. Heute sollen die Beamten sich für das Tabaksmonopol begeistern, — unter der Verwaltung Sobrecht wurde der Vertreter der Regierung in der Enquetekommission selbst angewiesen, gegen das Tabaksmonopol zu stimmen. Als ich einmal eine kurze Zeit ein Landrathsamt verwaltete, fand ich in den letzten Wahlbeeinflussungen des Landraths aus der Manteuffelschen Zeit gegen den liberalen Kandidaten von Auerwald, wobei alle die Wirtshäuser in dem dortigen Kreise versucht wurden, die heute wieder in Aufnahme kommen. Als ich im Landrathsamt war, hatten wir schon die neue Aera, und derselbe liberale von Auerwald, gegen den solche Mittel drei Jahre vorher angewandt wurden, war Staatsminister und der Vorgesetzte jener Beamten!

In welche Lage bringen sie solche Beamte? Wenn die Beamten nach dem Maß, wie sie politisch für ein Regierungssystem bei den Wahlen thätig sind, bevorzugt und angesehen werden, so müßte ja mit jedem Regierungswechsel eine sofortige Entlassung aller Beamten eintreten; (sehr wahr! links) denn Beamte, die nur deshalb befördert sind, nur deshalb in höhere Stellen gerückt sind, weil sie so für das Regierungssystem bei den Wahlen bemüht sind, sind, je tauglicher für das Puttkamer'sche Ministerium, desto untauglicher für seinen Nachfolger. Das führt zu amerikanischen Zuständen, daß wir mit jedem Minister die Beamten wechseln.

Was heißt „politische Beamte“? Der Herr Minister hat gesprochen von Beamten, welche die Regierung politisch zu vertreten bestimmt sind: die Landräthe werden ja sicher darunter sein, die Regierungspräsidenten auch. Ja, meine Herren, wo hört denn das System dieser politischen Vertretung auf? Die Landräthe nehmen doch die Amtsvorsteher in Anspruch, die Amtsvorsteher die Schulzen, die Schulzen die Gemeinbediener, und zuletzt ist der Gendarm der politische Vertreter des Systems des Herrn Ministers! Gerade die Wahlbeeinflussungen der unteren Gefolgsbeamten, die unmittelbar das Gesetz in die Verwirklichung bringen sollen, sind die aller schlimmsten; diejenigen, die unmittelbar das Gesetz der Volksmenge gegenüber ausführen sollen, die müssen am meisten, wenn sie den nötigen Respekt im Volke behalten sollen, gegen den Verdacht einer Parteinahme, gegen Einmischung von Parteilichkeiten geschützt sein.

Meine Herren, das System, was Herr von Puttkamer heute entwickelt hat, ist das unter dem Namen „Zuckerbrot und Peitsche“ bekannte System der Regierung Manteuffel-Westphalen und Kleist-Reckow. Zur Erhöhung des Ansehens Preußens, das hat der heute verlesene Brief des Prinzgemahls der Königin von England gezeigt, hat es wahrlich nicht beigetragen. Meine Herren, was erzeugen Sie damit? Wenn Sie solche Beamte befördern wegen ihrer Wahlthätigkeit, so schließt eine solche Beförderung eines solchen Beamten eine Zurücksetzung der anderen ein. Wenn die Beamten tüchtig sind und sich nur durch die Anzihenheit unterscheiden, und der eine wird wegen seiner Wahlthätigkeit befördert und dem anderen vorgezogen, so fühlt jener sich gekränkt und zurückgedrängt. In dem Maße, wie die Wahlthätigkeit ein Mittel ist zur Beförderung, in dem Maße befördern Sie das Streben der Beamten, um so mehr ziehen Sie diejenigen empor, die es am meisten verstehen, den Mantel nach dem Winde zu drehen. Man muß heute schon sehr oft den Mantel nach dem Winde drehen, wenn man mit dem Winde Strich halten will; es ist das eine für die Beamten sehr schwierige Aufgabe. Alle diejenigen, die für eine weitere Verstaatlichung auf diesem oder jenem Gebiete sind, möchte ich besonders bitten, sich die heutigen Worte des Herrn Ministers zu merken. Jede Vermehrung der Staatsbeamten, der Staatsmacht, ist nach diesem Programm eine Vermehrung der Mittel der Wahlbeeinflussung; in dem Maße, wie die Zahl der Beamten steigt, wie die Staatsmacht wächst, in dem Maße muß sich die Wahlfreiheit verringern. Alle Numeration und Dispositionsfonds, die wir bisher unbefangen und betrachtet gewohnt waren, gewinnen nach der heutigen Erklärung einen ganz anderen Charakter. Was haben sie schließlich für einen Vortheil für die Wahlthätigkeit selbst? Jetzt kann man doch mitunter noch annehmen, wenn ein Landrath oder ein anderer Beamter sich heranzieht in der Wahlagitration, daß das seine innere Ueberzeugung ist; ja, der Mann ist für das Tabaksmonopol begeistert; wenn aber Landrath Grundzüge hier offenbar werden, daß nach dem Maß der Wahlthätigkeit befördert wird, dann wird man sich sagen, wenn ein Landrath oder ein anderer Beamter sich hervorthut: Gott, der arme Mensch, er will avanciren, er hat eine Familie, er will etwas Hohes werden, wie ist der ganze Grund seiner Wahlthätigkeit. Sie wissen gar nicht, sehr Sie selbst Ihrer eigenen konservativen Sache schaden. Sie rufen aber richtig zur Rede des Herrn Ministers von Puttkamer, — spricht aber nicht Alles das gegen Sie, zeigt es nicht, wie schlecht es um die konservative Sache bestellt sein muß? Meine Herren, wenn Sie eine wahre konservative Partei wären im englischen Sinne, dann würden Sie am ersten mit uns Front machen gegen die Anwendung der Mittel, dann würden Sie dies zurückweisen und sagen: unsere konservative Sache ist so gut, daß sie so oder Mittel nicht bedarf, die nur geeignet sind, unser Ansehen im Volke zu diskreditiren. Statt dessen treiben Sie sich, wenn Ihnen der Herr Minister verspricht, ein paar Landräthe bei den Wahlen zu Hilfe zu schicken. Wie recht hatte der Herr Abge-



## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 20. Dezember.** (Schluß-Course.) **Matt.**  
Lond. Wechsel 20,388, Pariser do. 80,81, Wiener do. 171,70, R.-M. St.-A. —, Rheinische do. —, Hess. Ludwigsb. 99, R.-M.-Pr.-Anth. 128, Reichsanl. 101, Reichsbank 150, Darmst. 171, Meiningen 103, Dst.-ung. 71,250, Kreditaktien 306, Silberrente 66, Papierrente 66, Goldrente 80, Ung. Goldrente 76, 1860er Loose 123, 1864er Loose 328,30, Ung. Staatsl. 231,50, do. Dst.-Dbl. II 93, Böhm. Westbahn 277, Elisabethb. —, Nordwestbahn 199, Galizier 264, Franzosen 282, Lombarden 127, Italiener 88, 1877er Russen 89, 1880er Russen 73, II. Orientanl. 58, Szent-Pacifik 111, Diskonto-Kommandit —, III. Orientanl. 59, Wiener Bankverein —, ungarische Papierrente —, Buschtiebrader —, Junge Dresdner —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 306, Franzosen 281, Galizier 264, Lombarden 127, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

**Wien, 20. Dezember.** (Schluß-Course.) Die auswärtigen Notierungen drücken. Banken, Bahnen und Renten abgeschwächt.

Papierrente 77,00, Silberrente 77,90, Dester. Goldrente 93,60, Ungarische Goldrente —, 1854er Loose 122,50, 1860er Loose 134,00, 1864er Loose 173,00, Kreditloose 181,70, Ungar. Prämienl. 122,50, Kreditaktien 357,20, Franzosen 328,50, Lombarden 148,00, Galizier 307,25, Kasch.-Oderb. 148,50, Pardubitzer 164,50, Nordwestbahn 233,00, Elisabethbahn 217,50, Nordbahn 256,50, Desterreich-ungar. Bank —, Türl. Loose —, Unionbank 142,50, Anglo-Austr. 150,00, Wiener Bankverein 140,10, Ungar. Kredit —, Deutsche Plätze 58,25, Londoner Wechsel 118,90, Pariser do. 47,05, Amsterdamer do. 98,00, Napoions 9,42, Dufaten 5,60, Silber 100,00, Russen 58,25, Russische Banknoten 1,24, Lemberg-Gaernowits —, Kronpr.-Rudolf 173,70, Franz-Josef —, Dux-Bodenbach —, Böhm. Westbahn —.

4 Prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —, Elbthal —, ungarische Papierrente 89,90, ungar. Goldrente 89,62, Buschtiebrader B. —, Ung. Präm. —, Eskompte —.

**Paris, 20. Dezember.** (Schluß-Course.) Weichend.

3proz. amortisirt. Rente 84,50, 3proz. Rente 83,25, Anleihe de 1872 113,80, Italien. 5proz. Rente 89,70, Desterreich. Goldrente 80, 6proz. ungar. Goldrente 104, 4proz. ungar. Goldrente 78, 5proz. Russen de 1877 92, Franzosen 705,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 313,75, Lomb. Prioritäten 284,00, Türken de 1865 13,65, Türkenloose 59,50, III. Orientanleihe 59.

Credit mobilier 730,00, Spanier ext. 30, do. inter. —, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 783,00, Societe gen. —, Credit foncier 1755,00, Egypter 351,00, Banque de Paris 1280, Banque d'escompte 875,00, Banque hypothecaire —, III. Orientanleihe —, Londoner Wechsel 25,23, 5proz. Rumänische Anleihe —.

Spekulationspapiere per Ultimo d. M.

**Paris, 19. Dezember.** Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 84,00, Anleihe von 1872 114,65, Italiener 90,90, österr. Goldrente —, Türken 13,92, Türkenloose 61,00, Spanier inter. —, do. ext. 30, ungar. Goldrente —, Egypter 357,00, 3proz. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —, Lombarden 320,00, Weichend.

**London, 17. Dezember.** **Matt.** Consols 99, Ital. 5proz. Rente 100, Lombard. 12, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue 11, 5proz. Russen de 1871 87, 5proz. Russen de 1872 87, 5proz. Russen de 1873 87, 5proz. Türken de 1865 13, 3proz. fundirte Amerikaner 105, Dester. Silberrente 67, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 77, Dester. Goldrente 79, Spanier 30, Egypter 70, 4proz. preuß. Consols 100, 4proz. barr. Anleihe —.

4 Prozent. ungar. Goldrente —, Silber —, Währungscont 4 pSt.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,71, Wien 12,04, Paris 25,60, Petersburg 24.

**Florenz, 19. Dezember.** 5pSt. Italien. Rente 92,90, Gold 20,42.

**Petersburg, 20. Dezember.** Wechsel auf London 25, II. Orientanleihe 90, III. Orientanleihe 90.

**Newyork, 19. Dezember.** (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94, Wechsel auf London 4,80, Wechsel auf Paris 5,24, 3proz. fundirte Anleihe 102, 4 Prozent. fundirte Anleihe von 1877 118, Erie-Bahn 43, Central-Pacifik 115, Newyork Centralbahn 135, Chicago-Eisenbahn 138, Cable Transfers 4,84.

Geld fest, für Regierungssicherheiten 1 Prozent, für andere Sicherheiten im Laufe des Tages 6 Prozent und 4 per diem, zum Schluß 6 Prozent.

### Produkten-Course.

**Bremen, 20. Dez.** Petroleum. (Schlußbericht.) fest, ab. rubig. Standard white loco 7,00 Käufer, per Januar 7,00 do., per Februar 7,20 Br., per März 7,30 Br., per August-Dezember 8,10 Br.

**Hamburg, 20. Dezember.** Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine rubig. Roggen loco und auf Termine rubig. Weizen per Dezember 228,00 Br., 227,00 Gd., per April-Mai 228,00 Br., 226,00 Gd., Roggen per Dezember 176,00 Br., 175,00 Gd., per April-Mai 162,00 Br., 160,00 Gd. — Hafer u. Gerste still. — Rüböl fest, loco 59,00, per Mai 59,50, — Spiritus fester, per Dezember 41, loco, per Januar-Februar 41, Br., per Februar-März 41, Br., April-Mai 41, Br. — Kaffee rubig, Umfah 2000 Sad. — Petroleum fest, Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Gd., per Dezember 7,20 Gd., per Januar-März 7,60 Gd. — Wetter: Bedeckt.

**Wien, 20. Dezember.** (Produktenmarkt.) Weizenloco unver., auf Termine geschäftslos, per Frühjahr 12,30 Gd., 12,35 Br. — Hafer per Frühjahr 8,15 Gd., 8,20 Br. — Mais per Mai-Juni 7,10 Gd., 7,12 Br. — Wetter: Regenerisch.

**Petersburg, 20. Dezember.** Produktenmarkt. Talg loco 58,00, per August 59,00, Weizen loco 15,75, Roggen loco 10,75, Hafer loco 5,25, — Danf loco 31,00, Leinsaat (9 Pud) loco 14,25. — Wetter: Thaumwetter.

**Amsterdam, 20. Dezember.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen per März 308, per Mai 308, Roggen pr. März 201, per Mai 193, Rüböl loco —, per Herbst —.

**Antwerpen, 20. Dezember.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen flau, Roggen weichend, Hafer vernachlässigt. Gerste rubig.

**Antwerpen, 20. Dezbr.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18, bez. 18, Br., pr. Januar 18, Br., per Januar-März 18, Br., per September-Dezember 20, Br. Rubig.

**Paris, 20. Dezember.** Rohzucker 88° loco beh., 57,25 a 57,50, Weißer Zucker rubig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Dezember 65,10, per Januar 65,75, pr. Januar-April 66,75.

**Bradford, 19. Dezember.** Woll rubig, Wollene Garne fest, aber beschränktes Geschäft, wollene Stoffe sehr rubig.

**Glasgow, 20. Dezember.** Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 7255 gegen 5593 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

**London, 19. Dezember.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Weizen unbeliebt, zu letzten Montagpreisen gehandelt. Hafer rubiger, Mais 1/2 höher als vergangenen Montag, Mehl u. Maltgerste träge, angekommene Weizenladungen sehr träge.

**London, 20. Dezember.** Havanna-Zucker Nr. 12 25. Rubig.

**London, 20. Dezember.** An der Rüste angeboten 9 Weizenladungen. Wetter: Veränderlich.

**Manchester, 20. Dezember.** 12r Water Armitage 7, 12r Water Taylor 8, 20r Water Nicholls 9, 30r Water Gidlow —, 30r Water Clayton 10, 32r Water Townhead 9, 40r Mule Manoll 9, 40r Medley-Wilkinson 11, 36r Watercopps Qualität Rowland 10, 40r Double Weston 11, 60r Double courante Qual. 14, Printers 11 1/2 8 1/2 pSt. 94, fest.

artikel in die Reichsverfassung, als der auf Beseitigung des Jesuitengesetzes oder des Kanzelparagraphen erschien provoktoren, und jede andere kirchenpolitische Anregung gehört in den Landtag. Wieweit ein Zusammenhang besteht zwischen diesem Vorgehen des Zentrums und der Lage der Verhandlungen der Regierung mit der Kurie, darüber wird man vielleicht im Laufe der nächsten acht Tage eine Andeutung erhalten. Vor mehreren Wochen ist durch das offiziöse Telegraphen-Bureau aus Rom berichtet und auch von der klerikalen Presse ohne Widerspruch gelassen worden, daß der Papst in dem Weihnachts-Konfistorium u. A. den früheren Erzbischof von Köln, Melchers, zum Kardinal ernennen werde. Natürlich könnte dies, wenn es geschähe, nur den Zweck haben, den Verzicht des Herrn Melchers auf das Kölner Erzbisthum einzuleiten, denn andernfalls würde die Verleihung des Kardinalshutes an ihn, wie f. Z. die an Ledochowski seitens Pius IX., eine neue Provokation der preussischen Regierung bedeuten. Von dieser bevorstehenden Ernennung des Herrn Melchers ist es nun ganz still geworden; sollte sie unterbleiben, so wäre die Folgerung kaum abzuweisen, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und Rom nicht in der erwarteten Art verlaufen, und daß das neueste Vorgehen des Zentrums damit im Zusammenhang steht; denn wenn auch von Berlin nach Rom über die Köpfe des Zentrums hinweg verhandelt wird, so doch schwerlich von Rom nach Berlin in ganz derselben Weise. Daß bei dem Kanzler momentan wieder die Stimmung überwiegt, in welcher er schon häufig erklärt hat, er könne mit dem Klerikalismus nicht zusammenwirken, ist gut verbürgt; ein vorsichtiger Beurtheiler wird sich aber nach den Erfahrungen der letzten Monate hüten, daraus weitgehende Schlüsse zu ziehen.

— Se. Majestät der Kaiser hat, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, zur Unterstützung der von dem Brande des Wiener Ring-Theaters betroffenen Unglücklichen die Summe von fünfzehn Tausend Mark bewilligt. Die kaiserliche Botschaft in Wien ist von dieser allerböchsten Bewilligung sofort in Kenntniß gesetzt und angewiesen worden, obige Summe unverzüglich an die zuständige Stelle zu zahlen.

## Telegraphische Nachrichten.

**Sorau, 20. Dezember.** Bei der hiesigen Reichstagswahl erhielt, soweit bis jetzt festgestellt ist, Witt (Sezess.) 7787, Schön (deutsche Reichspartei) 5914 Stimmen. Aus 15 Ortschaften fehlt das Resultat noch, doch kann die Wahl Witt's als gesichert angesehen werden.

**München, 20. Dezember.** Der König hat dem Staatsminister Maybach das Großkreuz des Verdienstordens der bairischen Krone verliehen.

**Wien, 20. Dezember.** Von dem deutschen Kaiser sind der Statthalterei von Nieder-Oesterreich durch Vermittelung des auswärtigen Amtes zur Unterstützung der bei dem Brande des Ringtheaters betroffenen Unglücklichen und der hilfsbedürftigen Hinterbliebenen der dabei Verunglückten 15,000 Mk. zugekommen.

**Wien, 20. Dezember.** Der Kaiser erschien heute Vormittag im Hofburgtheater, um auch hier, wie gestern in der Hofoper, sich zu überzeugen, daß alle Verfügungen getroffen sind, um Gefahr von den Theaterbesuchern fernzuhalten. Am Eingange des Theaters erwarteten den Kaiser Oberhofmeister Fürst Hohenlohe, Graf Taaffe, Freiherr v. Possinger, General-Intendant Baron Hofman, Direktor Wilbrandt und der Vizebürgermeister Uhl. Der Kaiser besichtigte die Räumlichkeiten, schritt die Bühne und den Zuschauerraum ab, ordnete die Vermehrung und Erweiterung der Ausgänge, den Bau einer Stiege und die Abschaffung der beiden letzten Stiege der vierten Galerie an. Die Besichtigung nahm längere Zeit in Anspruch. In den nächsten Tagen tritt in der Hoftheater-Intendanz eine Kommission zusammen, um sich über alle Veränderungen im Opern- und Burgtheater schlüssig zu machen.

**Rom, 20. Dezember.** Der Kommunalrath von Rom votirte zum Besten der Hinterbliebenen der beim Ringtheater-Brande Verunglückten 5000 Franks.

**Rom, 20. Dezember.** Der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Baron Blanc, hat der Kommission zur Vorberathung des Auslieferungs-Gesetzentwurfs eine Denkschrift übergeben, in welcher nachgewiesen wird, daß Personen, welche sich des Mordes oder der Mithschuld am Morde, sei derselbe an Souveränen, Staatsoberhäuptern oder anderen Personen begangen, schuldig machen, niemals das Asylrecht genießen können, daß vielmehr in diesen Fällen stets die Auslieferung der Uebeltäter zugestanden werden müsse.

**Paris, 20. Dezember.** Dem Vernehmen nach wird sich Roustan demnächst nach Tunis begeben, um seinen Posten als Ministerresident wieder einzunehmen.

**Berlin, 20. Dezember.** S. M. Schiff „Elisabeth“, 19 Geschütze, Kommandant Kpt. z. S. Hollmann, ist am 19. d. Mts. in Montevideo eingetroffen und beabsichtigte am 27. d. Mts. die Weiterreise fortzusetzen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	(Gr. rebus. in mm. 82 m Seeshöhe)			i. Cels. Grad.
20. Nachm. 2	740,4	EO mäßig	heiter	+ 2,3
21. Abds. 10	733,8	EO schwach	bedeckt Schnee	+ 1,5
21. Morgs. 6	732,9	W mäßig	bedeckt Regen	+ 1,7
Am 20. Wärme-Maximum + 4,3 Cels.				
= Wärme-Minimum + 0,2 =				

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. Dezember Morgens 0,72 Meter. (Grundbeis)  
= 20. = Mittags 0,70 =  
= 21. = Morgens 0,70 =

ordnete Windthorst, als er Ihnen einmal sagte: „Meine Herren Konserativen, seien Sie nicht so selbstbewußt; denn in dem Augenblick, wo der Herr Reichskanzler seine Hand zurückzieht, da sind Sie verurtheilt wie durch eine Verurteilung aus diesem Hause. Wenn Sie nicht selbst dies auch glauben, so würden Sie nicht so viel Gewicht auf den offiziellen Wahlmechanismus legen und der Güte Ihrer eigenen Sache vertrauen.“

Ich muß mit einigen Worten der Gefahr erwähnen, die jetzt das Vereinigen der kaiserlichen Botschaft in den Wahlkampf nach sich zieht; es ist das die Gefahr, die wir heute haben hervortreten lassen in der Rede des Herrn von Puttkamer. Die Botschaft war nicht gerichtet an das Volk im ganzen, sondern an diese Vertretung, um eine Antwort dieser Vertretung handelt es sich auf die Vorschläge der Botschaft; statt dessen schlägt man sie im Lande wie eine Anklageschrift gegen den Reichstag öffentlich an. Gegen die Sache an sich würde ich weniger einzuwenden haben, als gegen den Mißbrauch, gegen den Unfug, der infolge dieser neuen nie dagewesenen Einrichtung mit der kaiserlichen Botschaft jetzt geradezu getrieben wird. (Oh, oh! rechts.)

Ich habe hier eine Etatsrede gehalten in Erwiderung der Thronrede, wie sie der Herr Abgeordnete von Minnigerode vielleicht auch gehalten hätte, wenn seine Schußwaffen an dem Tage besser in Ordnung gewesen wären. (Heiterkeit.) Ich habe jedenfalls mein Recht gebraucht. Diese Rede ist gedruckt und verbreitet im Lande. Wie urtheilt nun die konservative Presse, die „konservative Korrespondenz“, die von der Partei selber herausgegeben wird, über diese Verbreitung einer parlamentarischen Rede zur Kritik der Botschaft? Sie bezeichnet es in einem Artikel, der fast in allen Kreisblättern abgedruckt ist, als eine „Ehrverletzungsverlegung gegen die Majestät des Landesherrn“, die nur deshalb nicht bestraft werden könnte, weil leider diese Strafbefugnisse aufgehoben worden seien. Ja, sie versteigt sich zu dem höheren Witz, am Schluß des Artikels zu sagen: „die Verbreitung dieser Rede bedeutet weiter nichts als die Parole: des Kaisers Regiment oder Eugen Richter.“ (Heiterkeit links.) Soweit sind wir schon gekommen. Das Stichwort: „Kanzler oder Bamberger“, „Kanzler oder Lasker“ zieht nicht mehr. Jetzt wird das kaiserliche Regiment selbst ausgespielt, statt daß man einfach sagt: „für oder gegen Tabaksmopol, für oder gegen Staatszuschuß bei Unfallversicherung!“ Denn anderes bedeuten die Fragen nichts, die die kaiserliche Botschaft uns gegenüber aufwirft.

Was folgt weiter? Hier habe ich ein Flugblatt aus Brandenburg-Westhavelland; darin ist die kaiserliche Botschaft auch abgedruckt. Da wird nun nachträglich den dortigen Wählern gesagt, daß sie doch jetzt keine empfinden müßten, daß sie einen solchen Mann gewählt hätten, wie hier den Bürgermeister Hammer; jetzt könnten sie sich aber mit Unkenntniß des Willens unserer Herrn und Kaisers nicht entschuldigen; der Kaiser habe gesprochen, die Wähler seien jetzt verpflichtet, bei der alten Treue von Kur-Brandenburg zu bleiben, daß sie für diese Botschaft, für alles das, was darin steht, einzustehen für ihre heilige Pflicht erachten. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, wohin kommen wir damit, wenn in dieser Weise das, was in der Botschaft steht, mit furbrandenburgischer Treue zu verfolgen jedermann verpflichtet ist? Dann frage ich: wozu ein Parlament, wozu ein Reichstag? Dann vollstrecke man dergleichen ohne uns, dann seien Sie doch ehrliche Absolutisten, dann sagen Sie: wir wollen kein Parlament, keinen Reichstag mehr! Wenn Sie aber den Reichstag wollen, wenn selbständige Kritik sein soll gegenüber dem Kanzlerprogramm in der Botschaft, dann können Sie solche Flugblätter nicht gut heißen, wie Sie eben durch Ihre Zwischenrufe gethan haben.

Diese ganze Agitation, diese Rede des Herrn Ministers von Puttkamer in ihrer weiteren Wirkung — wenn dieses System sich weiter entwickelt, dann ist dies nicht mehr eine einfache Reaktion zu Gunsten dieser oder jener Wirtschaftspolitik; nein, meine Herren, dann ist das die Anfechtung der Grundlagen unserer Verfassung selbst, dann ist das überhaupt die Bekämpfung des Parlamentarismus; dann ist das eine Entwicklung, die zu nichts anderem führt, als zur Aufrichtung eines launenhaften Kanzlerdespotismus — denn Absolutismus können Sie das nicht mehr nennen, der ist wenigstens in sich konsequent. Ja, meine Herren, dahin würde ein solches System führen, wenn sich das in dieser Weise weiter entwickelt. Zuletzt kann sich ein solches System bei den Wahlen auch nicht mehr halten, als dadurch, daß es zwar äußerlich noch die Form der Verfassung achtet, aber in der That zu einer brutalen Vergewaltigung des Volkswillens bei den Wahlen führt. (Lebhafter Beifall links. Zwischen rechts.)

## Briefe und Zeitungsberichte.

**C. Berlin, 20. Dezember.** Es scheint, daß Herr Windthorst bei der Einbringung seines neuen kirchenpolitischen Antrags auch einigermaßen auf die Nachwirkung der Thatsache spekulirt hat, daß während der Wahl-agitation eine, allerdings nicht große Anzahl liberaler Kandidaten sich für den Abschluß des kirchenpolitischen Kampfes erklärt hat und darauf hin gewählt worden ist. Hat der Chef des Zentrums sich doch in den ersten Tagen der Session, in jener Selbstüberhebung, welche nicht am wenigsten dazu beitrug, ihm die bekannte Lektion vom Reichskanzler zuzuziehen, gerühmt; er habe nicht nur das Centrum und für gewisse Fälle die bekannten kleinen Hilfskorps desselben hinter sich, sondern „wir haben auch eine Anzahl Fortschrittsleute und Konservative wählen lassen“; die Zahl dieser Abgeordneten, welche die Herren Windthorst und Genossen „haben wählen lassen“, wurde in der privaten aber keineswegs vertraulichen Aeußerung genau angegeben. Indes wenigleich es richtig ist, daß einzelne neugewählte Liberale sich gleichgiltiger über die kirchenpolitischen Fragen geäußert haben, als diejenigen Politiker der Linken, welche den Kampf von Anfang an mit durchgemacht haben, so hat sich doch Niemand verpflichtet, auf das Kommando des Herrn Windthorst „einzuschwenken“; und er wird es sich also gefallen lassen müssen, daß auch diejenigen Liberalen, welche den Abschluß des Kirchenkonflikts besonders lebhaft wünschen, über die Modalitäten ihre eigene Meinung haben. Das Gesetz, dessen Aufhebung das Centrum beantragt, ist ja allerdings eines, das zu vertreten Niemand sich drängen wird; aber die eigentlich gefährliche Verdrängung desselben, die über den Verlust der Reichsangehörigkeit, ist niemals zur Anwendung gekommen, während die Internirung für diejenigen Personen, welche davon betroffen wurden, thatsächlich Schutz gegen die Gefängnisstrafen bedeutete, denen sie sonst wegen immer erneuter Uebertretung der Gesetze verfallen wären; und es würde jedem auf Grund des Gesetzes von 1874 Internirten leicht werden, durch die Versicherung, sich neuer Provokationen enthalten zu wollen, die Aufhebung der Maßregel zu bewirken. Der Antrag, gerade dieses Gesetz abzuschaffen, erscheint also sachlich so wenig gerechtfertigt, daß er nur durch das Verlangen, irgend einen kirchenpolitischen Vorstoß im Reichstage zu unternehmen, und durch die Erwägung, daß gerade dieser Antrag das am wenigsten provokirende Mittel dazu sei, erklärlich ist: sowohl der Antrag auf Einföhrung der früheren preussischen kirchenpolitischen Verfassungs-



